

Innerdeutsche Beziehungen im Vorfeld der Wende

Die Kontakte zwischen SPD und SED 1982 – 1989

Von Frank Müller

»Eine Darstellung der innerdeutschen Beziehungen seit Herbst 1982 hat zu beachten, daß nach der Öffnung der DDR/SED-Akten noch mit einigen Überraschungen zu rechnen ist.« Diese Formulierung, die Jens Hacker seiner jüngsten Darstellung über die Ostpolitik der CDU-geführten Bundesregierung seit 1982 voranstellt,¹ beschreibt ein grundlegendes Dilemma der zeitgeschichtlichen Forschung. Zwischen den öffentlichen Legitimationen einer Politik – vorgetragen in Parlamentsdebatten, Denkschriften, Interviews – und ihren Ergebnissen – sie finden sich hauptsächlich in Verträgen, gemeinsamen Kommuniqués, mitunter auch in einer indirekten persönlichen Geste – klafft oft eine Lücke. Die Suche nach den tatsächlichen Antriebskräften, den Motiven, und die Rekonstruktion ihrer Umsetzung im Tagesgeschäft bleibt dort reine Spekulation, wo der Zugang zu den Archiven fehlt, also immer dann, wenn sich der Forschung Sperrfristen entgegenstellen. Insofern findet der Benutzer in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv« (SAPMO-BArch) eine glückliche Ausnahmesituation vor: Das Schriftgut der SED – ohne zeitliche Begrenzung zugänglich bis 1989 – bietet eine hervorragende Möglichkeit, die eben beschriebene Lücke, wenn nicht zu schließen, so doch auszufüllen.

Einen ersten umfassenden Beitrag hat kürzlich der stellvertretende Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD, Heinrich Potthoff, vorgelegt.² Seine im Juni 1995 erschienene Dokumentation der innerdeutschen Beziehungen zwischen 1982 und 1989 zeichnet anhand von 86 Gesprächsprotokollen aus dem früheren SED-Parteiarchiv die Kontakte der bundesdeutschen Parteien mit den Staats- und Parteichefs Erich Honecker und Egon Krenz nach.

Gleichwohl ist der Band noch keine verlässliche Stütze für eine qualitative Bewertung dieser Beziehungen – kann sich Potthoff doch nicht von seiner parteipolitischen Herkunft lösen. Zwei Kunstgriffe sind es, die stutzig machen. Da sind zum einen die deutschlandpolitischen Positionen der Parteien,

¹ Jens HACKER, *Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/94 v. 8.4.1994, S. 16-26, hier S. 16.

² Heinrich POTTHOFF, *Die »Koalition der Vernunft«*. *Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995.

die Pothhoff im Vorspann nacheinander abhandelt – ignorierend, daß die Oppositionspartei SPD sich ganz andere Fragen nach der Legitimation ihrer Kontakte zur SED gefallen lassen muß, als dies bei Vertretern einer Regierung der Fall ist. Letztere mußten das Gespräch suchen, die Opposition nicht.

Zum anderen vermittelt die Beschränkung auf die Gesprächsebene Honecker/Krenz ein schiefes Bild. Wichtige Bestände der SAPMO – wie das Büro Hermann Axen und die ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) – werden kaum oder überhaupt nicht ausgewertet. Gerade hier aber findet sich eine Fülle zusätzlicher Dokumente, die für eine Untersuchung der innerdeutschen Beziehungen, insbesondere der sozialdemokratischen Kontakte nach Ost-Berlin unerlässlich sind.

Im folgenden soll daher versucht werden, aufgrund des Gesamteindrucks aus den SED-Parteiakten Entwicklungslinien im Verhältnis von SPD und SED nachzuzeichnen und Sachaussagen mit einer kontinuierlichen Abfolge von Belegen zu stützen. Der politischen Diskussion bleibt es vorbehalten, anders zu gewichten, da die Mitwirkung an den Ereignissen Einblicke eröffnet, die dem auf schriftliche Quellen angewiesenen Historiker gelegentlich fehlen. Der geschichtlichen Forschung hingegen wird es vorbehalten bleiben, mit Hilfe der bislang noch kaum erschlossenen westdeutschen Akten die »Binnensicht« der ostdeutschen Quellen zurechtzurücken.

Pacta sunt servanda:

Die Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982 – 1989

Die Erkenntnis, daß die Regierung Helmut Kohl an die Deutschland- und Ostpolitik ihrer sozialdemokratischen Vorgängerinnen ohne Kontinuitätsbruch angeknüpft hat, ist heute unbestritten.³ Was die Regierungsparteien von den Sozialdemokraten jedoch unterschied, war die Bereitschaft, am langfristigen Ziel der deutschen Einheit festzuhalten, und die Weigerung, bundesdeutsche Positionen (Staatsbürgerschaft, Erfassungsstelle Salzgitter, Elbgränze) ohne substantielle Gegenleistungen der DDR aus der Hand zu geben. So wenig, wie diese Prinzipientreue die vertraglichen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beeinträchtigt hat, so wenig konnte die

3 Dazu im Überblick: Christian HACKE, *Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, in: Werner WEIDENFELD/Helmut ZIMMERMANN (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, München 1989, S. 535-550; Matthias ZIMMER, *Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982-1989*, Paderborn u.a. 1992; Karl-Rudolf KORTE, *Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands*, Frankfurt/M. 1994.

SPD aus ihrer Oppositionsrolle heraus etwas bewegen, indem sie den »Geraer Forderungen« Erich Honeckers vom Oktober 1980⁴ entgegenkam. Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft im Rahmen des Grundgesetzes und die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter waren Konzessionen, die vielleicht die atmosphärischen Gesprächsbedingungen zwischen SPD und SED verbesserten, das innerdeutsche Verhältnis jedoch kaum beeinflussen konnten. Verhandeln mußte die DDR-Führung mit der Regierung der Bundesrepublik, nicht mit ihrer parlamentarischen Opposition.

Läßt sich daher schon aus den Rahmenbedingungen und Ergebnissen der Zeit zwischen 1982 und 1989 nicht ableiten, es habe einer sozialdemokratischen »Neben-Außenpolitik« bedurft, so unterstreicht auch ein Blick in die SED-Parteiakten diesen Befund. Die entscheidende Frage, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1982 – aber auch darüber hinaus – stellen mußte, war die nach der Perzeption des Bonner Regierungswechsels in Ost-Berlin. Würde die SED die »Wende« in Bonn als deutschlandpolitischen Kontinuitätsbruch, gar als Bedrohung empfinden? Für die alte und neue Regierungspartei FDP stellte sich das Problem nicht; sie stand mit ihrer Außenpolitik ohnehin in sozial-liberaler Tradition. Wichtig war vielmehr das Bild, das die CDU als zunächst potentielle, später tatsächliche Regierungspartei von sich zeichnete. Hier haben die Gespräche christlich-demokratischer Repräsentanten schnell mögliche Befürchtungen entkräftet und dafür gesorgt, daß die DDR-Führung sehr wohl eine klare Linie erkennen konnte, die sich weitgehend mit den Legitimationen der CDU deckte. So notierte der Leiter der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, Herbert Häber, am 15. September 1982 über eine Unterredung mit Norbert Blüm:⁵

»Bemerkenswert war ..., daß Norbert Blüm gleich zu Beginn des Zusammentreffens beinah offiziell erklärte, die DDR könne davon ausgehen, daß im Falle eines Regierungswechsels in Bonn in Fragen der Ostpolitik und vor allem, was die Beziehungen zur DDR betrifft, die Kontinuität gewahrt bleibe.«

Besonderes Augenmerk richtete die Ost-Berliner Führung in dieser frühen Zeit auf einen ehemals erklärten Kritiker der Ost-Verträge und des KSZE-Prozesses, den bayerischen CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Er insbesondere war es, der eine unmißverständliche Trennlinie zwischen persönlicher Überzeugung und dem Grundsatz verläß-

4 Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, Regelung der Elbgrenze Strom-Mitte, Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

5 Herbert Häber an Erich Honecker, 1982 IX 15 [Or.]: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.02/13 (ohne Foliierung).

licher Außenpolitik zog. Die einmal abgeschlossenen Ost-Verträge wollte er bereits 1983 Honecker gegenüber nicht angetastet sehen:⁶

»Seinerzeit sei er ein Gegner dieser Verträge gewesen, weil sie schlampig ausgehandelt worden seien, aber ›pacta sunt servanda‹ – Verträge sind einzuhalten. Schließlich sei er es gewesen, der veranlaßt habe, daß die Entscheidung fiel, daß es Bürger der DDR gibt.«

Vier Jahre später hieß es in einer weiteren Gesprächsniederschrift:⁷

»Schon 1973, in der Debatte zur damaligen Regierungserklärung nach der Bundestagswahl, habe F. J. Strauß festgestellt: ›Pacta sunt servanda‹ (›Verträge müssen eingehalten werden‹). Das werde von ihm ernst genommen, und auch E. Honecker nehme es damit ernst.«

Interessant ist auch, daß der Generalsekretär dem bayerischen Ministerpräsidenten diese politische Linie ganz offensichtlich abnahm, sicherlich nicht zuletzt der Milliardenkredite wegen, die Strauß 1983 und 1984 der DDR vermittelte. Egon Krenz notierte im Anschluß an eine Politbürositzung vom 3. September 1985, in der Honecker seine Eindrücke geschildert hatte:⁸

»Der Mann ist ein Realpolitiker. Es könnte auch noch schlimmer kommen ... E. Honecker: ... Das war schon die dritte Unterredung, die ich mit Strauß hatte, aber so provokatorische Fragen wie Schmidt hat er nicht gestellt.«

Zählte eine exponierte Persönlichkeit wie Franz Josef Strauß zu den Symbolfiguren einer Realpolitik, welche die SED rasch als Merkmal der neuen Bundesregierung zu isolieren wußte, so avancierte Mitte der achtziger Jahre der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, zum Hauptansprechpartner der Ost-Berliner Führung. In der Wahrnehmung seiner Gesprächspartner verkörperte er geradezu jene auch für andere Unionspolitiker typische Verbindung zwischen Prinzipientreue und der Bereitschaft, die gegenseitigen Beziehungen kontinuierlich auszubauen.⁹

»Schäuble erklärte ..., daß es möglich sein müsse, vor dem von ihm dargestellten Hintergrund der internationalen Lage auch die Beziehungen zwischen der BRD

6 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Franz Josef Strauß am 24.7.1983 auf Schloß Hubertusstock [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/962 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 147 mit Anm. 6.

7 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Franz Josef Strauß am 15.3.1987 in Leipzig [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/874 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 502.

8 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/29, fol. 1 f.

9 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Wolfgang Schäuble am 29.8.1986 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/841 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 445 f.

und der DDR zu entwickeln. Dabei käme es darauf an, nicht die unterschiedlichen Standpunkte in den Vordergrund zu stellen, sondern sich ausgehend von den bisherigen Ergebnissen auf das Machbare zu konzentrieren.«

Hinweise auf den fortbestehenden ideologischen Dissens durchziehen die Äußerungen des Kanzleramtsministers wie ein roter Faden, laufen aber immer wieder auf das Angebot hinaus, vernünftig zusammenzuarbeiten: »Mein Verständnis von den deutsch-deutschen Beziehungen«, erklärte er 1985 gegenüber dem ADN-Chefkorrespondenten in Bonn, Ralf Bachmann, »ist so, daß wir der anderen Seite nichts zumuten sollten, was wir selbst uns nicht gern zumuten lassen würden.«¹⁰ Zwei Jahre später hieß es dann im Gespräch mit Honecker:¹¹ »Schäuble betonte abschließend, die Bundesregierung sei interessiert, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen voranzubringen.«

Für Ost-Berlin war der Umgang mit dem Kanzleramtsminister keineswegs einfach. So stöhnte Politbüro-Mitglied Hermann Axen – als ZK-Sekretär zuständig für Internationale Angelegenheiten – im Februar 1986, die Gespräche mit Schäuble würden »in der Sache hart« verlaufen.¹² Gleichwohl kam auch Axen nicht umhin, seinem Widerpart Verantwortungsbewußtsein für die Lage in Europa zu konzedieren. Egon Krenz notierte während der Politbürositzung vom 31. März 1987, daß sich sowohl Axen als auch Honecker vom Abrüstungswillen ihres Gesprächspartners und damit auch der Bundesregierung beeindruckt gezeigt hätten.¹³

Ähnlich wie Wolfgang Schäuble verhielten sich auch andere CDU-Politiker, mochten sie nun als Vertreter der Bundesregierung, als Ministerpräsidenten eines Bundeslandes oder nur als Repräsentanten der Bonner Regierungspartei in Ost-Berlin aufgetreten sein.¹⁴ Aus den Gesprächsvermerken im SED-Archiv springen zahlreiche Hinweise auf eine »sachliche

10 Information über ein Gespräch Ralf Bachmanns mit Wolfgang Schäuble am 17.4.1985 in Bonn (anlässlich eines Essens mit ausländischen Korrespondenten) [Abschrift]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Joachim Herrmann, IV 2/2.037/47, fol. 75-78.

11 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Wolfgang Schäuble am 27.3.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/874 (ohne Folierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 520.

12 Hermann Axen an Erich Honecker, o.D. [1986 II 14, Telegramm, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 119-122; ebenso fol. 136-139.

13 Handschriftliche Notizen zum Tagesordnungspunkt 2 der genannten Politbürositzung (»Bericht über Gespräche mit Schäuble, 26./27.3.1987«): SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/47, fol. 42. Ähnlich für den November 1988 auch IV 2/2.039/67, fol. 34 ff.

14 Dies gilt insbesondere für Bernhard Vogel, Lothar Späth, Eberhard Diepgen und Volker Rühle. Rühle zog dabei einen Trennungsstrich zwischen allgemeinen Betrachtungen und einzelnen Verhandlungsgegenständen. In letzterem Fall verwies er grundsätzlich auf die Kompetenz der Bundesregierung. U.a. Vermerk über ein Gespräch zwischen Hans Schindler (bis 1985 stv. Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn) und Volker Rühle am 6.6.1983 in Bonn: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37052 (ohne Folierung).

und aufgeschlossene Atmosphäre« ins Auge, eben jene Rahmenbedingung, die es ermöglichte, Sachfragen in voller Kenntnis der Gegensätze zu behandeln. Anders hingegen sah es bei der SPD aus. Attribute wie »herzlich«, »kameradschaftlich« oder gar Bemerkungen, daß die Gespräche ohne jede Kontroverse verlaufen seien, kennzeichnen die Vermerke und Protokolle – Folgen einer erheblich engeren Kooperation, die uns später noch beschäftigen werden.¹⁵

Natürlich blieb Unmut in der SED nicht aus, wenn der eine oder andere Bonner Regierungspolitiker die Dinge in der Öffentlichkeit beim Namen nannte, oder der Bundeskanzler – zumal in Wahlkampfzeiten – auch an Konzentrationslager dachte, wenn er von DDR-Gefängnissen sprach.¹⁶ Natürlich ärgerte sich Hermann Axen 1988 über die »deutschlandpolitischen Leitsätze« der CDU.¹⁷ Gleichwohl lernte die DDR-Führung – nicht zuletzt aufgrund ihrer ökonomischen Interessen – mit diesen Schlägen zu leben. Man verhandelte mit einer Bundesregierung, deren Repräsentanten im Kanzleramt sich zwar ihre Grundsatzpositionen nicht wegschwatzen ließen, die aber von Ost-Berliner Seite als »Realisten« eingestuft wurden – und nicht als Hasardeure, Kriegstreiber, Imperialisten oder was dergleichen Vokabeln mehr die Chefideologen im Büro Hager erfinden konnten.

Ein Musterbeispiel für den Charakter konservativ-liberaler Deutschlandpolitik, die pragmatisch agierte und doch kein Blatt vor den Mund nahm, wenn es um die inneren Zustände in der DDR ging, lieferte Bernhard Vogel am 13. Februar 1987 in Ost-Berlin:¹⁸

»Natürlich sei ein Wahlkampf keine Fronleichnamsprozession ... Kohl habe zunächst eine positive Aussage über die Entwicklung der Beziehungen zur DDR gemacht. Das habe im Mittelpunkt gestanden. Die Äußerung über die KZ sei in einem Nebensatz in einer freigesprochenen Rede gefallen. Sie sei auch nie wiederholt worden.¹⁹ Es handle sich also nicht um den Ausdruck der Absicht, eine andere Politik gegenüber der DDR einzuleiten ...

15 Als Beispiele für die SPD: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 123-132 und 79, fol. 126-131 (mit Bezug auf Egon Bahr); für die CDU: 84, fol. 97-104 (mit Bezug auf Volker Rühle).

16 Auf einer Wahlkampfveranstaltung der CDU am 4.1.1987 in der Dortmunder Westfalenhalle.

17 Bewertung der »deutschlandpolitischen Leitsätze« der CDU, ohne Verfasser, o.D.: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/84, fol. 60 ff.

18 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Bernhard Vogel am 13.2.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/942 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 462 f. u. 466. Ähnlich Bernhard Vogel einen Tag zuvor im Gespräch mit Günter Mittag: SAPMO-BArch, Bestand Büro Günter Mittag, J NL 23/16 (ohne Foliierung). Weitere Belege bei H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 23 f.

19 Vgl. Anm. 16.

Man müsse sich um Abrüstung bemühen, aber auch die Fähigkeit entwickeln, trotz Meinungsverschiedenheiten im Grundsätzlichen den Dialog und die Zusammenarbeit so zu gestalten, daß daraus gute Nachbarschaft erwachse. Man müsse sich auch dort respektieren, wo man sich nicht überzeugen könne ...

Was Salzgitter betreffe, möchte er erklären, je weniger Notwendigkeit bestehe, etwas zu erfassen, um so weniger bestehe die Notwendigkeit, diese Stelle aufrechtzuerhalten. Wenn Deutsche nicht mehr in Lebensgefahr geraten, wenn sie von Deutschland nach Deutschland wollen, falle ein wesentlicher Grund für die Erfassungsstelle weg.«

Ein Feld ohne Handlungsbedarf?

Sozialdemokratische Deutschlandpolitik in der Opposition

Lassen also bereits die Berliner Akten, die das Verhältnis von Bundesregierung und SED betreffen, nicht den Schluß zu, daß es einer oppositionellen »Neben-Außenpolitik« bedurfte, um vermeintliche Fehlentwicklungen zu korrigieren, so wird dieser Befund durch Äußerungen verschiedener Sozialdemokraten noch zusätzlich bestätigt.

Wolfgang Roth erklärte am 1. Dezember 1982 gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Ewald Moldt, die SPD sei daran interessiert, daß sich die Regierung Kohl an die Prinzipien des Grundlagenvertrags halte:²⁰

»So lange das geschehe, habe die SPD keinen Grund, in diesen Fragen Kritik an der Politik der neuen Regierung zu üben. Bisher habe er den Eindruck, daß die BRD-Regierung lediglich davon profitiere, was an Vereinbarungen noch zwischen der DDR und der Schmidt-Regierung abgesprochen wurde. Es nähere sich aber der Zeitpunkt, wo die Bundesregierung eigene Vorschläge und Initiativen entwickeln müsse. Die SPD werde danach ihre Haltung festlegen. Barzel verfüge über großen Einfluß und sei bestrebt, eine flexible und erfolgreiche Politik zu betreiben.«

Die neuen Initiativen der Bundesregierung, die Roth angekündigt hatte, eröffneten der SPD indes keine Möglichkeit, ihre Kontrahenten zu attackieren. Johannes Rau sprach im Januar 1985 mit Blick auf neuerliche Revanchismusdiskussionen zwar von Fehlentwicklungen in Westdeutschland, vermochte in den Reihen der Bundesregierung aber keine zu erkennen:²¹

20 Vermerk über ein Gespräch zwischen Ewald Moldt und Wolfgang Roth am 1.12.1992 in Bonn [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Westabteilung, J IV 2/10.02/20 (ohne Folierung).

21 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Johannes Rau am 11.1.1985 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/851 (ohne Folierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 301.

»Er wolle nicht verschweigen, daß es Entwicklungen in der BRD gebe, die er nicht für gut halte. Die SPD wolle dagegensteuern. Deshalb sei er auch dankbar für diesen Besuch. Die SPD habe ein Erbe von Willy Brandt zu hüten. Das werde ihn allerdings nicht daran hindern, die Bundesregierung zu verteidigen, wenn sie angegriffen werde.«

Hans-Jochen Vogel stellte fünf Monate später unmißverständlich klar:²²

»Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die gegenwärtige Bundesregierung in allen Fragen zur SPD im Gegensatz stehe. Bei der Grenzdebatte sei dies ganz deutlich geworden.«

Wie wenig sinnvoll es zudem war, einzelne Äußerungen von CDU-Politikern, die in der Hitze von Bundestagswahlkämpfen fielen, als Ausdruck deutschlandpolitischer Grundsätze zu interpretieren, mußte im Februar 1987 auch der Hamburger Senatspräsident und Erste Bürgermeister, Klaus von Dohnanyi, einräumen:²³

»V. Dohnanyi erklärte dazu – obwohl er politisch mit der Bundesregierung in vielen Fragen nicht übereinstimme, sei er doch der Meinung, daß es sich bei den Geschehnissen im Wahlkampf um ›verbale Irrläufer‹ handele. Es handele sich nicht um eine Veränderung der politischen Linie.«

Die Bemerkungen Roths, Raus, Vogels und Dohnanyis weisen auf eine spezifische Schwierigkeit im Umgang mit der Gesamterscheinung SPD, nämlich auf die Bildung von Gruppen, die keineswegs Hand in Hand arbeiteten. Die »Neben-Außenpolitik« dieser Partei betrieben andere Vertreter – und zwar offensichtlich mit Motiven, die nach Aussage ihrer Parteifreunde deutschlandpolitisch nicht in der Sache zu begründen waren.

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, noch ein kurzer Blick auf die Grundlagen der DDR-Außenpolitik und den Aussagewert der Berliner Quellen zum Komplex SPD-SED.

22 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Hans-Jochen Vogel am 16.5.1985 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/851 (ohne Folierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 325.

23 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Günter Mittag und Klaus von Dohnanyi am 13.2.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Günter Mittag, J NL 23/16 (ohne Folierung).

Zwischen Klassenbewußtsein und Pragmatismus:

Die »Friedliche Koexistenz« als Strukturmerkmal der DDR-Außenpolitik

Von den drei Strukturmerkmalen der DDR-Außenpolitik bildete auch die »Friedliche Koexistenz« für die SED-Führung ein strategisches Element, war also mehr als nur ein taktisches Manöver.²⁴ Mit den sicherheitspolitischen Fragen der achtziger Jahre gingen das Politbüro der SED und die zuständigen ZK-Abteilungen in einer Weise um, die nicht permanent den Bezug zur ideologischen Absicherung durch den Marxismus-Leninismus suchte. Für das Verhältnis zur Bundesrepublik und ihrer Exekutivgewalt blieb dies nicht ohne Folgen. Die Betonung des »Klassencharakters« der beiderseitigen Beziehungen – bis 1982 ein konstitutives Element entsprechender Analysen – verschwand allmählich, als die SED zu der Einschätzung gelangte, daß auch die Bonner Regierungspartei CDU als »realistische« Kraft einzuschätzen sei, mithin keine unmittelbare Gefahr für den Bestand der DDR darstelle.²⁵

Die »Friedliche Koexistenz« und das Schlagwort »Sicherung des Friedens ist Staatsdoktrin« boten eine Grundlage, um jenseits der nach innen notwendigen Indoktrination Außenpolitik zu betreiben, die in einem gewissen Ausmaß von der Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme abstrahierte. Die innerdeutschen – oder nach DDR-Auffassung deutsch-deutschen – Beziehungen verlagerten sich damit teilweise auf die Ebene jener Do-ut-Des-Geschäfte, die im Spannungsfeld zwischen ideologischer Konfrontation und Détente zur Tagesordnung gehörten.

Vor diesem Hintergrund war es der SED-Führung möglich, im Rahmen der »Friedlichen Koexistenz« Beziehungen zu einer Bundesregierung zu unterhalten, die ganz offensichtlich darauf verzichtete, ökonomische Hebel zur Destabilisierung der DDR anzusetzen. Es muß daher nicht weiter überraschen, daß Erich Honecker am 12. März 1985 gegenüber Martin Bangemann konstatierte:²⁶

»Die DDR ist an einer stabilen Entwicklung der Beziehungen mit der BRD interessiert und dabei sind stabile Regierungsverhältnisse der BRD ein wichtiger Faktor.«

24 Die beiden anderen: »Sozialistischer Internationalismus« und »Antiimperialistische Solidarität«. Zu deren Inhalten vgl. Wilhelm BRUNS, *Die Außenpolitik der DDR* (Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Berlin 1985, S. 33-47.

25 Sehr deutlich läßt sich dieser Wandel an den verschiedenen Analysen aus den Beständen Büro Hermann Axen (hier IV 2/2.035/86) und ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (hier J IV 2/10.04/6 u. 28) ablesen.

26 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Martin Bangemann am 12.3.1985 in Leipzig [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/302, fol. 37-41.

Ost-Berlin war bereit, sich mit den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in der Bundesrepublik einzurichten; es kam auch für die SED in erster Linie auf Verlässlichkeit in den vertraglichen Beziehungen an. Mit der Heilsgewißheit im Rücken, der Sozialismus sei dem Kapitalismus ohnehin überlegen, nahm man kurz- und mittelfristig Abstand davon, gegenüber einer CDU-geführten Bundesregierung grundsätzlich Obstruktion zu betreiben. Ökonomische Zwänge taten ihr übriges.²⁷

Daß die SED dabei eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bevorzugt hätte, steht freilich ebenso außer Frage. Zur offenen Hilfeleistung indes verstand sich die DDR nur ungern. Sie blieb stets darauf bedacht, den Anschein zu vermeiden, Ost-Berlin mische sich in die inneren Angelegenheiten des westdeutschen Nachbarn ein. Die spezifische Auslegung von Korb I der KSZE-Schlußakte durch die Staaten des Warschauer Paktes besaß eben auch im Verhältnis DDR – Bundesrepublik Gültigkeit. Das Prinzip der Nichteinmischung²⁸ wurde permanent genutzt, um Kritik in Sachen Menschenrechte und Grundfreiheiten zurückzuweisen – mit der Konsequenz, daß man sich aus den Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und ihrer Opposition weitgehend heraushielt.

Das durchaus vorhandene Interesse der SED an einem Regierungswechsel in Bonn erschöpfte sich denn auch meist in Vorwürfen, die SPD beweise keinen ausreichenden Willen zur Macht. Mehrfach betonte Erich Honecker zwar, daß die Beziehungen zwischen SED und CDU nie besser sein könnten als zwischen SED und SPD. Auch signalisierte der Generalsekretär seine Bereitschaft, an geeigneten Rahmenbedingungen für einen Regierungswechsel in Bonn mitzuarbeiten.²⁹ Verhandeln aber könne er – so mußte sich Dieter Spöri im November 1987 sagen lassen – nur mit der Bundesregierung.³⁰

27 Eine andere Frage ist die nach der verdeckten Einflußnahme der SED, also ihrer subversiven Westarbeit. Hier bedarf es für die Jahre 1971 bis 1989 noch genauer Untersuchungen. Das Jahrzehnt davor ist bereits ausführlich dokumentiert: Jochen STAADT, *Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1993.

28 Abschnitt VI des Prinzipienkatalogs. Kurze Erläuterung zuletzt bei Wilfried von BREDOW, *Der KSZE-Prozeß. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts* (WB-Forum, Bd. 67), Darmstadt 1992, S. 56.

29 SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 153-160 (Hermann Axen gegenüber Egon Bahr); 79, fol. 171-178 (Erich Honecker gegenüber Oskar Lafontaine, Klaus von Dohnanyi und Klaus Wedemeier); Bestand Büro Erich Honecker, J IV 2/201/1654 (Erich Honecker gegenüber Willy Brandt) und J IV 2/201/1689 (Erich Honecker gegenüber Karl-Heinz Hiersemann).

30 Vermerk über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Dieter Spöri am 12.11.1987 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/923 (ohne Foliierung); hier die in indirekter Rede wiedergegebenen Äußerungen Honeckers. Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 204-213. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 674 f.

»Wir seien bereit, eine Lage herbeizuführen, die es ermöglicht, die ›Wende-Regierung‹ in Bonn durch eine SPD-geführte Regierung abzulösen. Allerdings müßten wir mit der Regierung verhandeln, die da ist. Als Kohl nach seiner Wahl zum Bundeskanzler den Stahlschrank geöffnet habe, habe er alle Papiere vorgefunden, aufgrund deren er dann habe weitermachen können.«

Mit anderen Worten: Die DDR-Führung dachte nicht daran, sich die ökonomischen Vorteile aus den Verhandlungen mit der Bundesregierung durch eine allzu offene Hilfe für die SPD nehmen zu lassen. Bonn hatte *das* Druckmittel gefunden, mit dem man der SED menschliche Erleichterungen abringen konnte, ohne die eigenen Grundsatzpositionen aufzugeben. Diese – halb unfreiwilligen – Hinweise an die Adresse sozialdemokratischer Gesprächspartner lassen Versuche der SPD, publikumswirksame Gesten der kommunistischen Führung einzufordern, noch um eine Spur problematischer erscheinen, als sie es ohnehin schon waren.

Der Aussagewert von Akten aus dem SED-Parteiarchiv

Die für unser Thema einschlägigen Akten im ehemaligen SED-Parteiarchiv bestehen zu einem Großteil aus Gesprächsvermerken bzw. -niederschriften über Treffen von SED-Parteifunktionären mit westdeutschen Politikern sowie Analysen aus der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) über die politische Situation in der Bundesrepublik. Hinzu kommen die Ergebnisprotokolle der wöchentlichen Politbürositzungen, die in den gesammelten Protokollnotizen von Egon Krenz eine wertvolle Ergänzung finden. Die sachlich wichtigsten Quellen liegen im Schriftgut der Büros Erich Honecker, Hermann Axen, Egon Krenz, Günter Mittag und der ZK-Abteilung für IPW. Darüber hinaus besitzen das Büro Joachim Herrmann und die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED eine gewisse Bedeutung.

Wahrheitsgehalt und Authentizität insbesondere der Gesprächsvermerke hängen maßgeblich von der Stellung des jeweils beteiligten SED-Politikers ab. Berichte von Reisekadern oder Kreis- bzw. Bezirksfunktionären sind in der Regel wenig brauchbar, da deren Verfasser gezwungen waren, Erfolge vorzuweisen – und sei es, um eine weitere Reise in den Westen unternehmen zu können.

Anders stellt sich die Situation bei den Politbüro-Mitgliedern und ZK-Abteilungsleitern dar. Fehlschläge im Umgang mit den westlichen Gesprächspartnern wurden meist ungeschminkt aufgezeichnet, so daß umgekehrt kein Anlaß besteht, Hinweise auf entgegenkommende oder vertrauliche Gesten durchweg als sinnlose Übertreibungen einzustufen. Derartige Erfindungen

hätten die politische Arbeit in den Führungsgremien der SED lediglich behindert. Auch unterlagen die Verfasser entsprechender Berichte – nicht selten hochrangige Funktionäre wie der Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Karl Seidel – der nachträglichen Kontrolle durch die führenden Gesprächsteilnehmer. Oft wanderten die Schriftstücke – verbunden mit Empfehlungen für die weitere Arbeit – als Beschlußvorlagen an das Politbüro.

Vorsicht ist grundsätzlich bei pauschalen Formulierungen, aber auch bei konkreten Zitaten geboten. Letztere werden häufig in indirekter Rede wiedergegeben und zeichnen sich durch einen ständigen Wechsel zwischen Indikativ und Konjunktiv aus, so daß der Leser nicht immer entscheiden kann, wo der Gesprächsteilnehmer zitiert wird, und wo eigene Beurteilungen des Verfassers einfließen. Zudem können Hinweise, der westdeutsche Politiker habe den Einschätzungen seitens der SED zugestimmt, lediglich die positive Umschreibung beiläufigen Kopfnickens sein. Für stichhaltige Interpretationen kommt es darauf an, möglichst mehrere, in der Sachaussage ähnliche Zitate aus verschiedenen Niederschriften zu finden. Diese Vorgehensweise liegt den folgenden Ausführungen zugrunde.³¹

Die SPD zwischen Machtverlust und der Verantwortung für den Frieden in Europa

Die Legitimationen, welche die SPD heute zur Begründung ihrer Kontakte mit der SED anführt, bestehen aus zwei Komponenten. Da ist zum einen das Bestreben, in einer Zeit verschärfter internationaler Rahmenbedingungen den sicherheitspolitischen Gesprächsfaden zur DDR (wie auch zur VR Polen und zur CSSR) nicht abreißen zu lassen. Daneben steht der Versuch, mit Hilfe permanenter Gesprächskontakte die SED-Führungskräfte einer »Sozialdemokratisierung« auszusetzen und eine Liberalisierung der DDR von oben anzustoßen.³²

Tatsächlich bildeten die großen sicherheitspolitischen Fragen der achtziger Jahre den Schwerpunkt im institutionalisierten Teil der Kontakte zwischen SPD und SED. In den gemeinsamen Arbeitsgruppen – auf sozialdemokratischer Seite bei der Bundestagsfraktion angesiedelt – behandelte man Initiativen und Projekte, die als Anstöße für umfassendere Vereinbarungen

31 Vgl. dazu auch Heinrich POTTHOFF, *Zum Umgang mit Akten eines diktatorischen Systems*, in: *Deutschland-Archiv* 27 (1994), S. 337 f.

32 Vgl. zuletzt Dieter DOWE (Hrsg.), *Die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD in der Opposition 1982-1989. Papiere eines Kongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung am 14. und 15. September 1993 in Bonn* (Gesprächskreis Geschichte, Heft 4), Bonn 1993. – Zu den internationalen Rahmenbedingungen vgl. J. HACKER (wie Anm. 1).

auf europäischer bzw. globaler Ebene gedacht waren.³³ In gewisser Weise erschien dieses Verhalten sogar konsequent. Die SPD hatte sich nach dem Regierungswechsel 1982 vom NATO-Doppelbeschluß, der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und damit auch von der weiterhin gültigen NATO-Doktrin des Harmel-Berichts gelöst: Von der Abschreckung, die dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis immer als Pendant zur eigenen Verhandlungsbereitschaft galt, wollte man nun nichts mehr wissen. Helmut Kohl hingegen hielt am NATO-Doppelbeschluß fest und knüpfte unmittelbar an die Vorgaben seines sozialdemokratischen Vorgängers an. Letzterer scheute sich denn auch in Ost-Berlin nicht, die Kompetenz der eigenen Partei in Frage zu stellen:³⁴

»Von dem, was innerhalb der SPD und der Kirchen vor sich gehe, dürfe man sich nicht täuschen lassen. Die SPD regiere nicht in Bonn. »Sonst würde sie tun, was ich will, wenn auch mit Knurren und Murren« ...

[Honecker:] Der Vorschlag J. Andropows, die zu reduzierenden sowjetischen Raketen ... zu verschrotten, sei ein neues Moment. Auch die SPD habe diesen Vorschlag begrüßt. H. Schmidt warf ein, er halte seine Partei in dieser Frage nicht für sachkundig ...

Daraufhin betonte H. Schmidt, nach wie vor stehe er, und dies im Vollbesitz seiner Urteilskraft, zum NATO-Doppelbeschluß. Wenn es nicht zu einem Vertrag komme – vier Jahre seien eine lange Zeit – »wird sicher stationiert«. Er gehöre »nicht zu denen, die dagegen demonstrieren«. Auf die Frage E. Honeckers, wie er beim SPD-Parteitag abstimmen werde, antwortete H. Schmidt, das habe er damit gesagt. E. Honecker: »Aber es geht doch um Mehrheitsbeschlüsse«. H. Schmidt: »Über mich kann keiner verfügen, dafür bin ich zu alt.«

Schmidts Parteifreunde aber setzten ihren neuen Kurs fort, mit Instrumenten, die Sache der Bundesregierung gewesen wären. Hier läßt sich das Phänomen »Neben-Außenpolitik« am besten greifen. Es wird noch detaillierter Untersuchungen bedürfen, um zu entscheiden, ob die gemein-

33 1. *Rahmen für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa*, veröffentlicht am 19.6.1985 in: *Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion*, Ausgabe 1191 v. 19.6.1985. – 2. *Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa*, veröffentlicht am 21.10.1986 in: *DDR-Spiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* v. 22.10.1986, Anhang I. – 3. *Vorschlag für eine Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa*, veröffentlicht am 7.7.1988 in: *Die SPD im Deutschen Bundestag*, Ausgabe 1532 v. 7.7.1988. – 4. »Zielvorstellungen für die Herstellung struktureller Angriffsunfähigkeit in Europa«; Veröffentlichung geplant für den 28.8.1989, von der DDR abgesagt. Zu diesem Komplex vgl. auch Klaus MOSELEIT, *Die »Zweite« Phase der Entspannungspolitik der SPD 1983-1989*, Frankfurt/M. 1991.

34 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt am 5.9.1983 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/962 (ohne Folierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 179, 180, 182.

samen Initiativen von SPD und SED den KSZE-Prozeß tatsächlich positiv beeinflußt und den Frieden in Europa sicherer gemacht haben.³⁵

Noch schwieriger läßt sich der Anspruch der SPD durchleuchten, eine »Sozialdemokratisierung« der SED angestrebt zu haben. Von Teilen der ehemaligen DDR-Bürgerrechtsbewegung wird dies heute heftig bestritten; sie sehen in dem Miteinander beider Parteien eher einen Beitrag zur Stabilisierung der kommunistischen Herrschaft. Hier liegt ein äußerst kompliziertes Bedingungsgefüge vor, das – vor allem ohne den Zugang zu den ehemaligen sowjetischen Archiven – zu einer halbwegs gesicherten Gewichtsbestimmung der einzelnen Komponenten noch nicht taugt.

Wäre man demnach grundsätzlich gehalten, die Legitimationen sozialdemokratischer »Neben-Außenpolitik« als Motive anzuerkennen, so muß ein anderer Befund jedoch stutzig machen. Der Machtverlust der SPD hatte bei einem wichtigen Architekten der sozial-liberalen Ostpolitik, Egon Bahr, Spuren hinterlassen. Der Rüstungsexperte wollte nicht untätig zusehen, wie eine CDU-geführte Bundesregierung trotz ihrer Prinzipientreue die vertraglichen Beziehungen mit der DDR ausbaute und die SPD dabei zum Statisten degradierte. Daß Bahr dies auch in Ost-Berlin unmißverständlich zum Ausdruck brachte, erscheint allerdings bedenklich, weil es einer Aufforderung an die SED gleichkam, die pragmatische Deutschlandpolitik der CDU zugunsten der SPD zu blockieren. Im März 1984 bekundete er im Gespräch mit Axen:³⁶

»Es dürfe nicht eine Lage eintreten, in der die Sozialdemokraten als Warner und Mahner gegen die Kriegsgefahr dastehen, Strauß und die CDU/CSU, die Einpeitscher der Stationierung, aber die konkreten Früchte der langjährigen Ostpolitik der SPD ernten würden ... Die SPD sei für eine weitere Entkrampfung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, aber dabei sollte man die Lage der SPD nicht außer acht lassen. Hätte zum Beispiel Helmut Schmidt auf eine großzügige Ausreiseregulation der DDR verweisen können, hätte er es leichter gehabt.«

Zusammen mit Peter Glotz und Karsten Voigt riet Bahr zwei Monate später von einer Reise Honeckers nach München ab, wenn der Generalsekretär die Bundesrepublik besuchen werde.³⁷

35 Kritisch, vor allem mit Blick auf die Perspektiven sozialdemokratischer Sicherheitspolitik: Michael J. INACKER, *Zwischen Real- und Oppositionspolitik. Die außen- und sicherheitspolitische Diskussion der SPD am Scheideweg* (Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien und Berichte, Nr. 68/94), Sankt Augustin 1994.

36 Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr, o.D. [1984 III 14, Or.]; SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV 2/201/1557 (ohne Foliierung).

37 Information von Otto Reinhold, Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, über eine Besuchsreise in die Bundesrepublik vom 22. bis 26.5.1984

»Man würde annehmen, Erich Honecker möchte sich dort für den Milliarden-Kredit bedanken und eine Art Unterwerfungsbesuch bei Strauss machen. Für Bahr und andere Sozialdemokraten sei das auch deshalb bitter, da nunmehr diejenigen belohnt würden, die für die Aufstellung der Raketen in der Bundesrepublik gesorgt haben.«

Im September 1985 ließ Egon Bahr gegenüber Gunter Rettner, dem Stellvertreter und späteren Nachfolger Herbert Häbers in der Abteilung für IPW, seinem Ärger freien Lauf:³⁸

»Manchmal, so sagte Bahr, haben wir den Eindruck, ›als ob die DDR die CDU/CSU freundschaftlicher behandle als die SPD‹. ›Offizielle Regierungsvertreter könnten gegenwärtig erklären, was sie wollen; von der DDR würden sie dafür – abgesehen vom Schlesiertreffen – kaum kritisiert‹. Das erschwere der SPD in mancherlei Hinsicht, offensiv die Regierung zu attackieren ... Es wäre von großem Wert für die beginnenden Wahlkämpfe, wenn die SPD mehr Klarheit über das taktische Vorgehen der DDR gegenüber der Bundesregierung hätte.«

Egon Bahr blieb damit kein Einzelfall. Noch im September 1989 soll der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der SPD, Erik Bettermann, gegenüber der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn geäußert haben, die Ausreisewelle aus der DDR werde die Chancen der SPD bei der Bundestagswahl 1990 erheblich verschlechtern.³⁹ Wäre die Lage der Menschen nicht wichtiger gewesen als ein Wahlergebnis?

Wer so kalkulierte, war offenbar bereit, die Kontakte zum – bei aller Beweglichkeit in der Außenpolitik – totalitären SED-Regime auch gegen eine politische Kraft einzusetzen, die im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik den Sozialdemokraten eigentlich hätte näher stehen müssen.

Friedenssicherung vor menschlichen Erleichterungen

Für die im letzten Abschnitt beschriebene Haltung der SPD gibt es – neben der innenpolitischen Stoßrichtung – einen weiteren Grund. Er hängt eng

[Durchschlag]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/28 (ohne Foliierung).

³⁸ Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Egon Bahr am 10.9.1985 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37076/1 (ohne Foliierung).

³⁹ Information der Abteilung für IPW »über weitere Schritte der SPD in den Beziehungen zur SED im Ergebnis einer Beratung der Bundestagsfraktion der SPD am 13.9.1989 in Bonn«, 1989 IX 14 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 288 ff.

mit dem Schwerpunkt »Sicherheitspolitik« zusammen, den die Sozialdemokraten in ihren Kontakten zur SED setzten. Fruchtbare Zusammenarbeit auf diesem Gebiet – dies ergab sich fast von allein – war nur möglich, wenn die westdeutsche Seite es auch einmal vermied, unangenehme Punkte anzuschneiden. Anders aber als bei den Vertretern der Regierungsparteien, die unmißverständlich erklärten, daß sie trotz des Dissenses verhandelten, scheint die Bereitschaft, beide Augen zuzudrücken, bei vielen Sozialdemokraten eine gewisse Eigendynamik entfaltet zu haben. Ganz im Sinne der SED, die ihr Konzept der »Friedlichen Koexistenz« streng von Fragen nach den inneren Verhältnissen in der DDR getrennt sehen wollte, verzichteten Sozialdemokraten wie Egon Bahr und Oskar Lafontaine offen darauf, menschliche Erleichterungen als wichtigsten Gegenstand der innerdeutschen Beziehungen zu definieren. Dabei geriet mitunter auch die Berliner Mauer zur abstrakten Größe. Der Protokollant eines Gesprächs zwischen Axen und Bahr notierte am 14. August 1987:⁴⁰

»Seiner [Bahrs] Meinung nach sollte man die großmäuligen und spekulativen Auslassungen der CDU und CSU im Zusammenhang mit dem 13. August ad absurdum führen ... Er könne sich vorstellen, daß auf der Grundlage entsprechender Archivmaterialien ein ND-Kommentar nachweist, daß unrealistische Forderungen der CDU/CSU (der Schießbefehl muß weg, die Mauer muß weg) zu nichts geführt hat [sic!]. Die SPD sei keineswegs gegen Vereinbarungen im Sinne menschlicher Erleichterung und der Klärung sachlicher Fragen. Aber entscheidend seien die Fragen der Friedenssicherung.«

So weit Egon Bahr. Dieser Prioritätenwechsel zugunsten sicherheitspolitischer Probleme mußte – wenn er denn aus innerer Überzeugung kam – zu einer völligen Relativierung humanitärer Fragen führen. Tatsächlich blieb der SPD-Sicherheitsexperte mit seiner Einstellung nicht lange allein. Die Vermerke im Büro Honecker weisen eine Vielzahl von Gelegenheiten auf, in denen sich Sozialdemokraten diese Sicht der Dinge, die ja zu den vitalen Interessen der DDR zählte, widerspruchslos in die Blöcke diktieren ließen. Hamburgs Erster Bürgermeister bewies noch im Februar 1989, daß er Honeckers Interpretation des Nichteinmischungsprinzips von Helsinki durchaus folgen konnte:⁴¹

»Voscherau erklärte, ihm sei bewußt, daß es keinen Zusammenhang zwischen den von ihm gestellten Fragen und der Friedensfähigkeit der DDR gebe. Die

⁴⁰ Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 14.8.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 126-131.

⁴¹ Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Henning Voscherau am 24.2.1989 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/957 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 859.

Frage des Grenzregimes sei eine Frage der Souveränität der DDR. Er nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, daß es keinen Schießbefehl mehr gebe.«

Wer so dachte, dem konnte im Zeitalter der Militärblöcke schließlich auch der Blick auf potentielle Alternativen innerhalb des sozialistischen Lagers verloren gehen. Der saarländische Ministerpräsident beispielsweise wollte sich seine Kontakte zur SED – so scheint es – nicht einmal durch die Kirchen in der DDR stören lassen:⁴² »Es dürfe nicht das Bild entstehen, als gebe die SPD der Evangelischen Kirche gegenüber der SED den Vorzug. Das sei völlig absurd.«

Die drei Gruppen in der SPD

In der Frage nach dem Verhältnis von Friedenssicherung und menschlichen Erleichterungen präsentierte sich die SPD keineswegs als geschlossene Einheit. Persönlichkeiten wie Hans Büchler und Gert Weisskirchen dachten nicht daran, den Charakter des SED-Regimes zu ignorieren, auch dann nicht, als Ost-Berlin mit Einreiseverboten reagierte. Selbst Erhard Eppler, der maßgeblich an dem umstrittenen »Strategiepapier« von SPD und SED⁴³ mitgewirkt hatte, kritisierte am 17. Juni 1989 – in der Bundestagsdebatte zum Tag der Deutschen Einheit – offen die DDR, deren Machthaber eine Umsetzung des Dokuments im Innern blockierten.⁴⁴

Den Protagonisten der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der SED waren solche Querschläger ein Dorn im Auge. Egon Bahr und neben ihm Peter Glotz beeilten sich denn auch, die Äußerungen Büchlers, Weisskirchens und Epplers als Einzelmeinung, gar als Profilierungssucht abzutun. Glotz erklärte Mitte April 1988 in Ost-Berlin:⁴⁵

42 Information über Gespräche Gunter Rettners mit verschiedenen SPD-Politikern in Saarbrücken, Bonn und Hannover vom 9. bis 11.12.1987 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 217-228. – Vgl. dazu und zu Lafontaines Reaktion auf entsprechende Vorwürfe Christian von DITFURTH, *Angst vor den Akten. Archive enthüllen den Umgang von SPD- und SED-Politikern*, in: *Der Spiegel*, Jg. 46, Nr. 35 v. 24.8.1992, S. 50-63, hier 62 f. Zum Verhältnis der bundesdeutschen Parteien zur Opposition in der DDR demnächst Wilhelm KNABE, *Westparteien und DDR-«Opposition»*.

43 *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit*, in: *Politik. Informationsdienst der SPD*, Nr. 3, August 1987. Das Papier hatten die Grundwertekommission der SPD und die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED erarbeitet.

44 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Stenographische Berichte vom 17.6.1989, S. 11296-11301.

45 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettnner und Peter Glotz am 19.4.1988 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 21 f.

»Beeinflußt werde die Haltung der SPD-Führung zum Dokument [gemeint ist das ›Strategiepapier‹] auch durch den Umgang der DDR mit dem Bundestagsabgeordneten Weißkirchen. Weißkirchen sei Repräsentant einer bestimmten Gruppe in der SPD, ›die sich die Betreuung von Dissidenten in der DDR zur Aufgabe gemacht‹ habe ... Das Einreiseverbot Weißkirchens in die DDR habe Vogel u.a. doch tiefer verärgert, als Weißkirchen und seiner Gruppe an Bedeutung zukomme. Hier gehe es um Prinzipien, deren Einhaltung auch von vielen Genossen angemahnt würde, die sonst mit Weißkirchen ›nichts am Hut‹ hätten ...

Glutz entschuldigte sich faktisch dafür, daß er als Chefredakteur der ›Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte‹ nicht umhin könne, auch hinsichtlich des gemeinsamen Dokuments das gesamte Spektrum der Meinungen in der SPD widerspiegeln zu müssen.«

Die Kritik Büchlers an der Neufestlegung der 10jährigen Transitpauschale (1988), mit der Bonn die individuellen Straßenbenutzungsgebühren von Bundesbürgern in der DDR abgalt, kommentierte Bahr gegenüber Axen mit dem Hinweis, Büchler »sei offensichtlich von seinem Geltungsbedürfnis getrieben worden«. ⁴⁶ Die Rolle Eplers stützte er in einem Meinungsaustausch mit Wissenschaftlern des IPW-Instituts Anfang April 1989 mit der Bemerkung zurecht, das »Strategiepapier« sei nicht Sache des Kirchentagspräsidenten, sondern eine Angelegenheit von SPD und SED. ⁴⁷

Der ehemalige Berliner Bausenator Harry Ristock ließ nach der Rede Eplers vom 17. Juni 1989 verlauten: ⁴⁸

»So wie Epler aufgetreten sei, hätte in der heutigen Zeit auch ein CDU-Vertreter nicht schlimmer sprechen können. Er (H. Ristock) sei gegenwärtig nicht ganz genau informiert, er hoffe nur, daß die Führung der SPD keinen Kurswechsel gegenüber der DDR vornehme. Für die Westberliner SPD könne er sagen, daß das nicht in Frage käme.«

⁴⁶ Hermann Axen an Erich Honecker, 1988 XI 26 [ZK-Hausmitteilung, Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 157 ff. – Ähnlich 1985 im Gespräch mit Ewald Moldt zur Diskussion um die Elbgrenze. Ewald Moldt an Kurt Nier u. Karl Seidel, 1985 IV 4 [Telegramm, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37071/2 (ohne Folierung). Das Protokoll über die Neufestlegung der Transitpauschale vom 31.10.1979 wurde am 5.10.1988 unterzeichnet. Dokumentation in: *Deutschland-Archiv* 21 (1988), S. 1231-1237.

⁴⁷ Max Schmidt: Information über Ausführungen Egon Bahrs anlässlich eines Meinungsaustausches zwischen Mitarbeitern des IPW-Instituts und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (Universität Hamburg) am 30./31.3.1989 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 144 f.

⁴⁸ Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Harry Ristock/Alexander Longolius am 30.6.1989 in West-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 216-219.

Als schließlich auch Horst Ehmke und Karsten Voigt auf kritische Distanz zur DDR gingen, war es Lafontaines Staatssekretär Hanspeter Weber, der erklärte, sein Ministerpräsident lehne die Äußerungen der beiden als »Profilierungsversuche von SPD-Oppositionspolitikern« ab.⁴⁹

Gerade die letzte Äußerung wirft ein bezeichnendes Licht auf den inneren Zustand der SPD. Lafontaine zählte nicht zu der Gruppe um Büchler und Weisskirchen, war aber auch kein ausgewiesener Sicherheitsexperte, der sich in seinen Ost-Berliner Gesprächen um Details der gemeinsamen Arbeitsgruppen gekümmert hätte. Er steht vielmehr für eine dritte Fraktion innerhalb der SPD, die sich glänzend mit den von Bahr verbesserten Gesprächsbedingungen eingerichtet hatte. Man verhandelte jenseits unangenehmer Themen von Politiker zu Politiker, im Falle der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten auch schon einmal von Staatsmann zu Staatsmann. Diese Regierungschefs, aber auch die SPD-Oppositionsführer in den Ländern, betrieben im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Besuchsdiplomatie, die immer seltener zur Kenntnis nahm, um welches Gesellschaftssystem es sich eigentlich östlich der Elbe handelte. Ob das nun Taktik bzw. die unbewußte Folge enger Kooperation war oder ob die Besuche gar nur der persönlichen Profilierung dienten, bleibt dahingestellt. Die Repräsentanten dieser dritten Gruppe müssen sich aber die Frage gefallen lassen, was ihr – sachlich oft konturenloses – Auftreten in der DDR eigentlich Positives bewirkt haben soll.⁵⁰

Auffällig ist immerhin der späte Zeitpunkt, an dem man vom Zug nach Pankow absprang. Es kam nicht von ungefähr, daß Hermann Axen im September 1989 bei denjenigen Sozialdemokraten eine unentschlossene Zurückhaltung im Umgang mit der DDR konstatierte, die sich zuvor in Ost-Berlin die Klinke in die Hand gedrückt hatten: namentlich bei Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Gerhard Schröder, Karl-Heinz Hiersemann und Rudolf Scharping.⁵¹ Umgekehrt konnte der SED-Funktionär die Genannten aber keinem der beiden Lager in der SPD zuordnen, die sich längst entschieden hatten. Also weder den »realistischen« – und in gewisser Hinsicht

49 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Hanspeter Weber am 18.8.1989 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 260 ff. Vgl. zu diesem Komplex auch C. v. DITFURTH (wie Anm. 42), hier S. 62.

50 Zu den verschiedenen Positionen in der SPD vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 47-62. Potthoff beschränkt seine Kritik freilich auf gelegentliche Übertreibungen mancher Sozialdemokraten im Umgang mit der SED. Seine Annahme, es habe in der SPD verschiedene operative Stränge gegeben, verdeckt den Umstand, daß gerade im Falle der Besuchsdiplomatie kaum von einer deutschlandpolitisch abgestimmten Strategie die Rede sein kann.

51 »Information und erste Schlußfolgerungen zu aktuellen Entwicklungen in der SPD im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Anti-DDR-Kampagne«, 1989 IX 8 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 292-304.

konsequenter – Kräften um Bahr noch den »Scharfmachern« um Böhler bzw. einer Gruppe, die nach Axens Dafürhalten auf Böhler zudriftete – darunter Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau.

Im Vorfeld der »Wende« kulminierte die Bereitschaft, den Charakter des SED-Regimes wohlwollend zu ignorieren, schließlich in der bewußten oder unbewußten Weigerung, die Oppositionsbewegung in der DDR ernstzunehmen. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat dieses Phänomen, das in Ansätzen auch auf die Haltung des Westens gegenüber den mitteleuropäischen Widerstandsbewegungen insgesamt zutrifft, ausführlich dokumentiert.⁵² Sicherlich mag manch rückblickender Betrachter – wie Peter Glotz einwendet – die Kraft dieser Bewegungen nachträglich überschätzen. Auch konnte Anfang 1989 niemand die Konzessionen Gorbatschows voraussehen.⁵³ Dennoch bleibt ein Geheimnis, was einzelne Sozialdemokraten dazu veranlaßt hat, vehement gegen die Opposition in der DDR Stellung zu beziehen. Der Leiter der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft berichtete über einen Besuch in Saarbrücken am 13. Mai 1988:⁵⁴

»Anknüpfend an das letzte Gespräch mit Gunter Rettner im Dezember 1987 verwies Oskar Lafontaine darauf, daß seiner Meinung nach die SPD in eine Schiefelage komme, wenn sie den Konservativen das Eintreten für systemkritische Kräfte in den sozialistischen Staaten überlasse ... Zugleich herrsche Einigkeit darüber, daß Sozialdemokraten bei ihrem Auftreten in der DDR alles vermeiden müßten, was eine Stärkung dieser Kräfte bedeute.«

Noch im August 1989 versicherte Egon Bahr seinen Besuchern Joachim Böhm und Karl-Heinz Wagner – der eine Mitarbeiter im MfAA, der andere in der ZK-Abteilung für IPW –, er teile nicht die Auffassung Hans-Jochen Vogels, man solle die Kontakte mit der SED so lange auf Eis legen, wie sich DDR-Bürger in bundesdeutschen Botschaften aufhielten.⁵⁵ Bleibt zu hoffen, daß dies von Bahr als taktische Drohung gedacht war.

Nimmt man diese Eindrücke mit dem Befund zusammen, daß die meisten Sozialdemokraten schon vor Jahren ihren Prioritätenwechsel zwischen Friedenssicherung und menschlichen Erleichterungen vollzogen hatten, so drängt

⁵² Timothy GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München/Wien 1993.

⁵³ Peter GLOTZ, *Eine Beschleunigung war unmöglich*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 6.10.1993.

⁵⁴ Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Oskar Lafontaine am 13.5.1988 in Saarbrücken [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 75-78.

⁵⁵ Vermerk über ein Gespräch zwischen Joachim Böhm/Karl-Heinz Wagner und Egon Bahr/Karsten Voigt/Uwe Stehr in Bonn, 1989 VIII 24 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 178-182.

sich ein weiterer Gedanke auf: In der SPD bestimmten Personen das Geschehen, die sich ihre scheinbar erfolgreiche Dialogpolitik mit der SED nicht durch solche außerplanmäßigen Demonstrationen wie in Leipzig stören lassen wollten. Die SPD hatte sich eben behaglich in den bestehenden Verhältnissen eingerichtet. Auch dieser Punkt ist zu beachten, wenn man andererseits einräumt, daß Unsicherheit und die Furcht vor einer Destabilisierung Europas im Sommer 1989 handlungsleitenden Charakter gewonnen haben können.

Die Arbeit in den gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen

Aus Sicht der Berliner Akten endeten die einzelnen Expertenrunden der sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen meist mit einem vollen Erfolg der SED. Hinweise, man habe den Sozialdemokraten die Grundpositionen des Warschauer Paktes aufzwingen können, sind keine Seltenheit.⁵⁶ Dieser Befund überrascht allerdings nicht, da Hermann Axen als zuständiges Politbüromitglied zunächst Moskau und später den eigenen mißtrauischen Parteigenossen gegenüber die Beziehungen zur Sozialdemokratie ständig rechtfertigen mußte. Hier kann später nur ein Vergleich mit den Unterlagen der SPD Klarheit schaffen.

Erheblich interessanter als die Diskussion über Sprengköpfe, Reichweiten und Begriffsdefinitionen ist die Frage, ob dem wichtigsten Protagonisten auf sozialdemokratischer Seite, Egon Bahr, überhaupt an derartigen Einzelheiten lag. Hier sind offenbar Zweifel angebracht. Bahr suchte geradezu nach geeigneten Gesprächsgegenständen, um den Dialog aufrechtzuerhalten. Ewald Moldt berichtete am 7. Februar 1985 nach Ost-Berlin:⁵⁷

»Bahr bemerkte, daß er darüber nachdenke, ein »neues Thema« für Gespräche zwischen SPD und SED zu Abrüstungsfragen zu finden. Er halte Gespräche über atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa für denkbar.«

Für die Ergebnisse – publikumswirksame Pressekonferenzen in Bonn – fand Bahr sich denn auch zu beachtlichen Gegenleistungen bereit. Vor der Veröffentlichung der »Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa« am 21. Oktober 1986⁵⁸ sahen sich sogar die eigenen

56 U.a.: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/78, fol. 123-132; Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/21, fol. 35 f. u. 24, fol. 58 f.

57 Ewald Moldt an Kurt Nier/Karl Seidel, 1985 II 7 [Telegramm, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37071/2 (ohne Foliierung). Anlaß war ein Cocktail in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn anläßlich der Verabschiedung des stellvertretenden Leiters Hans Schindler.

58 Vgl. Anm. 33.

Parteikollegen unter Druck gesetzt: »Egon Bahr war es, der als Leiter der SPD-Delegation in allen entscheidenden Fragen das Einlenken der übrigen Delegationsmitglieder erzwang.«⁵⁹

Im April 1988 akzeptierte der SPD-Politiker anlässlich eines weiteren Expertentreffens die Forderung Axens, nicht am Kirchentag in Erfurt teilzunehmen, und schob zu dessen Beruhigung nach, eine entsprechende Einladung nach Halle bereits abgesagt zu haben.⁶⁰

Diese Nachgiebigkeit hatte ihren Grund. Die Bundesregierung sollte mit einer permanenten Abfolge von Initiativen in die Enge getrieben werden. Einen Mitarbeiter Gunter Rettners in der Abteilung für IPW, Karl-Heinz Wagner, überraschte Bahr am 6. März 1989 mit Erfahrungen von seinem jüngsten USA-Besuch: Da das Pentagon an neuen nuklearen Waffen mit einer Reichweite unter 500 km arbeite, solle der Warschauer Pakt rasch ein Verhandlungsangebot für diese Waffensysteme vorlegen, damit die SPD auf die Bundesregierung Druck ausüben könne.⁶¹

Die Geschichte der gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen bietet einen weiteren Beleg für die Erkenntnis, daß die SPD – bei aller Sorge um den Frieden in Europa – nie von der Versuchung lassen konnte, mit Hilfe der SED den CDU-geführten Bundesregierungen zu schaden. Merkwürdigkeiten wie eine Äußerung Gerhard Heimanns, auf sicherheitspolitischem Gebiet gebe es mehr »Übereinstimmung und Interessengleichheit« zwischen der SPD und der DDR als im Verhältnis zu den USA, ergänzen das Bild.⁶²

Die Lücke zwischen Konzeption und persönlichem Verhalten

In den letzten Abschnitten konnte gezeigt werden, welche geringe Hemmschwellen Vertreter der zweiten und dritten Gruppe in der SPD besaßen, kritische Stimmen vor den Ohren der DDR-Machthaber notfalls auch zu diskreditieren. Mag man dies noch als bittere, aber logische Konsequenz der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit begreifen, so führte die Vertraulichkeit im gegenseitigen Umgang zu weiteren Auswüchsen, die sich mit keiner der sozialdemokratischen Legitimationen begründen lassen. Im folgenden

59 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/41, fol. 20 (Tagesordnungspunkt 11 der Politbürositzung vom 9.9.1986: Bericht über das 6. Arbeitstreffen mit Vertretern der SPD über die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa, 5./6.9.1986 in Berlin).

60 SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/60, fol. 18.

61 Vermerk über ein Gespräch zwischen Karl-Heinz Wagner und Egon Bahr am 6.3.1989 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 41-45.

62 Information über ein Gespräch zwischen Ralf Bachmann (ADN-Chefkorrespondent in Bonn) und Gerhard Heimann am 24.10.1985 in Bonn [Abschrift]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Joachim Herrmann, IV 2/2.037/47, fol. 84-87.

sei eine kleine Auswahl von Äußerungen angeführt, bei denen sich eine Kommentierung erübrigt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Becker, im August 1984:⁶³

»Becker äußerte wörtlich: »Die Politik der SED findet heute eine Unterstützung in der Bevölkerung wie noch niemals zuvor. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für das Ansehen Erich Honeckers.«

Der wirtschaftspolitische Experte der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, im September 1984:⁶⁴

»Wolfgang Roth sagte: »Mit Eurem Erich Honecker habt Ihr in der DDR einen Staatsmann an der Spitze, der durch sein Profil sowohl in der Geschichte der beiden deutschen Staaten als auch in der gegenwärtigen europäischen Politik zu den herausragenden Persönlichkeiten zählt.«

Der ehemalige Berliner Bausenator Harry Ristock im Dezember 1985:⁶⁵

»Harry Ristock übte scharfe Kritik an der Regierung der BRD und am Senat von Westberlin. »Die Kohl-Regierung ist dabei, sich vasallisch dem Kurs der Reagan-Administration zu beugen.«

Egon Bahr, Ende Juni 1986:⁶⁶

»E. Bahr bemerkte, die USA würden zur Zeit mit der UdSSR und Gorbatschow persönlich ein teuflisches Spiel treiben. Jedesmal wenn er einen neuen Friedensvorschlag unterbreitet habe, reagiere man gezielt negativ und provokativ, um danach erklären zu können: Seht, wie schwach die UdSSR ist ... Unter diesen Umständen sei es naheliegend, wenn die sowjetische Führung emotional reagiere und ebenfalls Neigung zeigt, härter zu antworten ...
Wörtlich erklärte Bahr: »Man stelle sich vor, wenn das so weitergeht. Eine konsequente Friedens- und Dialogpolitik der sozialistischen Länder, die schrittweise zu einer Verständigung mit den westeuropäischen Ländern über

63 Max Schmidt: Information über den Aufenthalt von Helmut Becker in der DDR vom 16. bis 18.8.1984 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/26 (ohne Follierung).

64 Information über ein Gespräch zwischen Egon Krenz und Gerhard Schröder/Wolfgang Roth am 1.9.1984 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 31-35.

65 Information der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft über ein Gespräch mit führenden Vertretern des LV Berlin der SPD am 12.12.1985 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Follierung).

66 »Information des SPD-Präsidiumsmitglieds E. Bahr« zur Lage in den USA (o.D., ohne Verfasser), von Axen per SED-Hausmitteilung am 3.7.1986 an Erich Honecker gesandt [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 68-72. Bahr äußerte sich am Rande der 5. Beratung der gemeinsamen Arbeitsgruppe über Fragen eines atomwaffenfreien Korridors am 30.6.1986 in Ost-Berlin.

die Lebensfragen des Kontinents führt, bei ständiger Aufrüstungs- und Obstruktionspolitik der USA. Die Sowjetunion wäre immer drin und dabei, die USA wären zunehmend draußen.« E. Bahr ließ keinen Zweifel daran, daß ihm eine solche Situation am liebsten wäre.«

Der niedersächsische Oppositionsführer, Gerhard Schröder, im Juli 1987:⁶⁷

»G. Schröder bezeichnete es als geradezu schwachsinnig von Kohl, diese Raketen [gemeint waren die Pershing 1a] nicht in Verhandlungen einbeziehen zu lassen ... Kohls Ausfälle seien bewußt auch darauf gezielt, die Reise des Bundespräsidenten Weizsäcker nach Moskau zu belasten.«

Karsten Voigt, im gleichen Monat:⁶⁸

»Natürlich könne die SPD die SED nicht kopieren und wolle dies auch nicht, aber vieles, was die Kommunisten der DDR politisch und organisatorisch leisteten, hätte Hand und Fuß und sei wie das Schulungssystem der SED beispielhaft auch für seine Partei.«

Noch einmal Harry Ristock, im Februar 1987, über die Chancen Oskar Lafontaines auf den SPD-Parteivorsitz:⁶⁹

»In diesem Zusammenhang bezeichnete Ristock Lafontaine als ›Doppelenkel‹; denn er sei auch in gewisser Weise ›ein Enkel von Erich Honecker‹. Beide kämen hervorragend miteinander aus, und ›es wäre ein Segen für beide Parteien und Staaten, wenn Erich Honecker noch lange Generalsekretär bleiben und Oskar Lafontaine neuer Parteivorsitzender werden würde.«

Der SPD-Sicherheitsexperte Andreas von Bülow, im April des gleichen Jahres über den ehemaligen Bundeskanzler:⁷⁰

»Schmidt könne eben nicht über seinen Schatten springen. Im Grunde genommen sei er in einem faschistoiden Denken behaftet, wenn er immer wieder die Gefahr aus dem Osten beschwöre.«

67 Notiz der Abteilung für IPW über ein Gespräch einer SED-Delegation mit Gerhard Schröder am 3.7.1987 in Hannover [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/311, fol. 116-119.

68 Bericht Hermann Axens über den Besuch Karsten Voigts in der DDR vom 20. bis 23.7.1987 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 111-119.

69 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Harry Ristock/Alexander Longolius am 5.2.1987 in West-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Folierung).

70 Bericht über eine Informationsreise Gunter Rettners zur SPD vom 30.3. bis 3.4.1987 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/27 (ohne Folierung).

Bleiben noch jene beiden Äußerungen Karsten Voigts und Hanspeter Webers, die schon seit längerem bekannt sind, von den Beteiligten aber heftig bestritten werden. Manfred Uschner, der Erste persönliche Mitarbeiter von Hermann Axen, und Karl-Heinz Wagner berichteten am 7.7.1988 aus Bonn:⁷¹

»Während des Mittagessens nach der internationalen Pressekonferenz am 7. Juli⁷² in Bonn teilte K.D. Voigt vertraulich mit, daß man ihm die Information zugespielt habe, daß die Ausgereisten Templin und Bohley beabsichtigen, am 6.8.1988 an der Staatsgrenze zur DDR im Zusammenspiel mit den Medien und den Geheimdiensten der BRD das Versprechen der DDR zu testen, nach Ablauf der Ausreiseerlaubnis den Genannten die Wiedereinreise zu ermöglichen. Nach seiner persönlichen Meinung wäre es die glücklichste Lösung, sie zunächst einreisen zu lassen und dann bei oder wegen entsprechenden Aktivitäten zu ergreifen und auszuweisen. Sie selbst und die hinter ihnen stehenden Dienste rechnen damit und hoffen darauf, daß die Sicherheitsorgane der DDR schon ihre Einreise verhindern werden. Das beabsichtigt man gegen die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von SED und SPD auszuspielen. Allein deshalb informiere K.D. Voigt Genossen Uschner und Genossen Wagner darüber.«

Im August 1989 schließlich berichtete Gunter Rettner, der Staatssekretär Oskar Lafontaines habe für die saarländische Landesregierung eine Überprüfung der Frage zugesagt, ob DDR-Bürger bei ihren Besuchen im Saarland künftig keine Pässe mehr für Ausflüge nach Frankreich oder Luxemburg erhalten sollten.⁷³

Der Sonderfall Berlin

Anders als im Verhältnis zur Bundesrepublik, wo die DDR nach außen hin am Prinzip der Nichteinmischung festhielt, griff sie in West-Berlin offen in die innenpolitischen Auseinandersetzungen ein. Die Bindungen zwischen der Stadt und dem Bund – von DDR-Seite ständig als Verletzung des Viermächte-Abkommens von 1971 angegriffen – dienten der SED als Anlaß, um ihrerseits die Ablösung der seit 1981 CDU-geführten Senatsregierungen

71 »Vermerk über eine vertrauliche Information von K.D. Voigt« (ohne Verfasser), 1988 VII 7 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 95. Vgl. dazu C. v. DITFURTH (wie Anm. 42), hier S. 58, sowie Manfred USCHNER, *Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates*, Berlin 1993, S. 68.

72 Veröffentlichung des gemeinsamen Vorschlags über eine *Zone des Vertrauens und der Sicherheit in Zentraleuropa* (wie Anm. 33).

73 Information über ein Gespräch zwischen Gunter Rettner und Hanspeter Weber am 18.8.1989 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/81, fol. 260 ff. Vgl. dazu C. v. DITFURTH (wie Anm. 42), S. 58.

zu betreiben. Angestoßen haben diese Verbindungen zur SPD freilich die Sozialdemokraten – an führender Stelle der ehemalige Bausenator Harry Ristock und der langjährige Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius.

In ihrem Anfangsstadium 1982/83 waren diese bald institutionalisierten Kontakte (die einzelnen Treffen wurden in den SED-Berichten mit Ordnungsziffern versehen) noch von Vorsicht auf beiden Seiten bestimmt. Ristock suchte die Absicherung im Bundesvorstand der SPD und wollte anfangs auch CDU-Vertreter hinzuziehen – wohl wissend, daß ein offizieller Kontakt zu Regierungsstellen der DDR (zuständig war die Abteilung West-Berlin im MfAA) der SED in die Hände arbeitete. Diese versuchte, West-Berlin auf den Status einer »selbständigen politischen Einheit« zu drücken. Ziel der Senatsregierungen war es daher umgekehrt, innerstädtische Beziehungen zum Ostteil der Stadt aufzubauen, was die DDR-Führung konsequent verweigerte.⁷⁴

Lange indes hielt die Zurückhaltung Ristocks nicht an. Er verzichtete rasch auf jede Absicherung und überraschte seine Gesprächspartner mit Vorstellungen, die sich Ost-Berlin zuvor nicht hatte erträumen lassen. Inhaltlich bewegten sich die Beiträge der Berliner Sozialdemokraten hart unterhalb einer Grenze, wo Statusfragen hätten berührt werden können. Auf der Suche nach einer Funktionsneubestimmung für die Stadt lösten sich Ristock und Longolius vom Symbolcharakter für das Offenhalten der Deutschen Frage. Statt dessen strebte man ein Tauschgeschäft an, das West-Berlin allmählich aus seiner Isolierung gegenüber dem Umland befreien sollte. Gegen die faktische Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR sollte die SED die institutionellen Bindungen des Westteils an die Bundesrepublik akzeptieren und ihre wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte mit West-Berlin ausbauen. So heißt es in einer Information der Abteilung für IPW über eine Gesprächsrunde mit SPD-Vertretern am 12. September 1986:⁷⁵

»Harry Ristock unterbreitete dabei folgende Überlegungen, die bisher nur in einem kleinen internen Kreis von Westberliner SPD-Funktionären diskutiert worden seien:

Um die Westberliner SPD wieder mehrheitsfähig zu machen, stehe die Partei längerfristig vor der Aufgabe, ein Konzept zu entwickeln, das eine Antwort auf

⁷⁴ SED-Materialien zu den Verhandlungen mit dem West-Berliner Senat in: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/14. – Die Anfänge der sozialdemokratischen Annäherung sind dokumentiert ebd., J IV 2/10.02/13. – Über die Ziele der DDR in Bezug auf West-Berlin gibt eine im November 1987 gefertigte Analyse aus der Abteilung für IPW Auskunft: Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/305, fol. 49-122.

⁷⁵ Information der Abteilung für IPW über ein Gespräch mit führenden Vertretern des LV Berlin der SPD am 12.9.1986 in West-Berlin: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, J IV 2/10.04/29 (ohne Foliierung).

die Frage gibt, welche Chancen und Perspektiven Berlin-West zukünftig habe. Dabei gehe man davon aus, daß Berlin-West seine Funktion als Provisorium, als westlicher Vorposten, als ›Reichshauptstadt im Wartestand‹ sowie als ›Verkümdigungsort für Flüchtlingsvereine‹ aufgeben müsse. Die Entwicklung habe gezeigt, daß diese Rolle Westberlins der Stadt nur geschadet habe. Der Bau der Staatsgrenze am 13. August 1961 entsprach den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Realitäten. Er brachte auch den Westberlinern die Chance, in Frieden zu leben, und schuf Voraussetzungen für mehr Stabilität in Mitteleuropa.

Berlin habe sich objektiv zur Hauptstadt der DDR entwickelt. Demgegenüber segele Westberlin als Provisorium immer noch im Windschatten der Geschichte. Die CDU wolle diesen Zustand festschreiben. Die SPD hingegen möchte Westberlin seinen provisorischen Charakter nehmen, um einem weiteren Verschleiß der Stadt in der Zukunft entgegenzuwirken.«

Anfang 1989 waren die Kontakte so weit gediehen, daß über eine konkrete Unterstützung nachgedacht werden konnte. Am 2. Februar 1989, vier Tage nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus, forderte Ristock bei Gunter Rettner ein Non-paper über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der DDR ein – als Entscheidungshilfe für die Bildung eines SPD/AL-Senats, wie der SED-Funktionär richtig vermutete.⁷⁶

Fünf Tage später legte Günter Mittag die Vorschläge, die später als Berlin-Papier der SED bekannt geworden sind, dem Politbüro vor.⁷⁷ Dort und im Anschluß auch in der sowjetischen Botschaft abgesehen, wurden sie von einem Mitarbeiter der Abteilung für IPW noch am gleichen Tag Ristock übergeben – mit Konzessionen, um die sich Eberhard Diepgen vergeblich bemüht hatte. Von einer Abstimmung der Nahverkehrskonzepte über die Zusammenarbeit der Flughäfen Tegel und Schönefeld bis hin zu weiteren Reiseerleichterungen war alles dabei. Ristock wußte seine Zufriedenheit denn auch kaum in Worte zu fassen:⁷⁸

»H. Ristock bedankte sich in bewegenden Worten für die politische Unterstützung, die die Führung der SED der Westberliner SPD angedeihen läßt ... Ristock erinnerte an eine Erklärung, die er im Oktober 1983 abgab. Damals hätte er gesagt, und das sei nach wie vor seine Meinung, Westberlin dürfe nicht

76 Gegen Bestrebungen zur Bildung einer Großen Koalition. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 3 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 131 f.

77 »Interne Vorschläge an den Landesvorsitzenden der SPD von Berlin (West), Walter Momper«, 1989 II 7 [PB-Beschlußvorlage, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/305, fol. 177-184.

78 Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 7 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 133 f. Das Non-paper findet bei H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), nur eine kurze, unkommentierte Erwähnung (S. 899, Anm. 27). Über die Umstände erfährt man dort nichts.

länger Pfahl im Fleische der DDR sein ... Mit der heutigen Übermittlung der Positionen der SED-Führung würde er diesen ›Traum‹ aufgehen sehen.«

Zwei Tage zuvor – in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar – war Chris Gueffroy bei dem Versuch zu Tode gekommen, über die Mauer in den Westen zu fliehen. Das Bild der Berliner Sozialdemokraten mochte dies kaum stören, verkündete der neue Regierende Bürgermeister, Walter Momper, doch am 13. April:⁷⁹

»Schüsse an der Mauer würden die Westberliner nicht so sehr beschäftigen. Fuchsig würden sie vielmehr bei den sogenannten kleinen Dingen des praktischen Lebens.«

Die SED wußte diese Haltung denn auch zu würdigen. Rettner notierte nach einem Gespräch mit Ristock und Longolius vom 9. Februar 1989, er habe mehrfach SED-Unterstützung für die Bemühungen der Berliner SPD-Führung um den Abschluß einer Koalition mit der Alternativen Liste zugesagt.⁸⁰ Erich Honecker schließlich resümierte am 19. Juni, als er Walter Momper zu Gesprächen auf Schloß Niederschönhausen empfing:⁸¹ »Die Liste von Vorschlägen, die wir der Westberliner SPD in Vorbereitung der Regierungserklärung zugeleitet haben, hätte Diepgen nicht erhalten.«

Zwischen Mitnahmeeffekt und gezielter Parteipolitik: Die »Wahlhilfen«

Im Verhältnis zur Bundesrepublik und deren innenpolitischen Auseinandersetzungen hielt sich die DDR-Führung – das haben wir gesehen – weitgehend zurück. Gleichwohl verstand man sich gerne zu medienwirksamen Gesten, wenn Sozialdemokraten dies wünschten. Erscheinen solche Gelegenheiten in den Quellen meist als Nebeneffekte, die »im Vorbeigehen« von der SPD mitgenommen wurden, so werfen Äußerungen Egon Bahrs ein ganz

79 Bericht Rettners über ein Gespräch mit Walter Momper am 13.4.1989 in West-Berlin nach Abgabe der Regierungserklärung. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 IV 14 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 213-217.

80 Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 II 10 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/121, fol. 141 ff. Harry Ristock zog aus der erfolgreichen Zusammenarbeit abschließend seine eigenen Konsequenzen: »Auch wenn der Vergleich hinke, so sagte H. Ristock, ›der Fehler von vor 1933, die Zusammenarbeit mit den Kommunisten als nicht gesellschaftsfähig anzusehen, dieser Fehler dürfe mit dem Blick auf die Grünen und die AL nicht wiederholt werden‹«. Gunter Rettner an Erich Honecker, 1989 III 7 [SED-Hausmitteilung, Kop.]: ebd., fol. 153 ff.

81 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Walter Momper am 19.6.1989 auf Schloß Niederschönhausen [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/961 (ohne Foliierung). Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 946.

anderes Licht auf dieses Kapitel der beiderseitigen Beziehungen. Der Architekt der Ost-Verträge wollte es nicht hinnehmen, daß eine CDU-geführte Bundesregierung von seiner Politik profitierte. Dabei fiel offenbar auch die Hemmschwelle, zu gezielter Obstruktion der Regierung Kohl aufzufordern – so jedenfalls verstand Ost-Berlin seine Avancen. Otto Reinhold, der Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, berichtete am 31. Januar 1983 nach einem Gespräch mit Egon Bahr und Günter Gaus in Hamburg:⁸²

»Da es zur Wahlvorbereitung der CDU/CSU gehört, nach außen hin Kontinuität in der Ostpolitik zu demonstrieren, bittet uns der SPD-Parteivorstand, bis zum 6. März nach Möglichkeit keinerlei Verhandlungen über neue Verträge oder Abkommen mit der BRD zu beginnen. Dies wäre eine wichtige Unterstützung der SPD im Wahlkampf.«

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach einer Kontinuität in den Motiven, wenn derselbe Egon Bahr am 14. August 1987 Hermann Axen um die Aufnahme eines zusätzlichen Programmpunktes bat, den Erich Honecker bei seinem Besuch in der Bundesrepublik einplanen solle:⁸³

»Egon Bahr zeigte sich verständnisvoll gegenüber der Tatsache, daß das vorliegende Programm nicht mehr Möglichkeiten zuließe. Im Namen seines Parteivorsitzenden bat er jedoch darum, daß Björn Engholm im Hinblick auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein für 10 Minuten und vor allem auch medienwirksam den Genossen Erich Honecker treffen könne. Eventuell könnte er während des Gesprächs mit H.-J. Vogel die letzten 10 Minuten hinzukommen. Genosse H. Axen sagte zu, diese Bitte Genossen Honecker zu übermitteln« [handschriftliche Randbemerkung von Honecker: »ja«].

Auch der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen, Gerhard Schröder, versuchte sich mit einer ähnlichen Bitte:⁸⁴

»Schröder äußerte den Wunsch, Ende 1985 die DDR zu besuchen und bei der Gelegenheit auch ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED ..., Gen. Honecker, zu führen ... Ein kurzes Gespräch und ein ›Bild‹ mit dem Staatsratsvorsitzenden wären für ihn ganz sicher hilfreich.«

⁸² Otto Reinhold an Erich Honecker, 1983 I 31 [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Westabteilung, J IV 2/10.02/20 (ohne Folierung). Vgl. auch *Der Stern*, Jg. 47, Nr. 7 v. 10.2.1994, S. 140. – Die Gespräche fanden am 27. u. 28.1.1983 statt.

⁸³ Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 14.8.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 126-131.

⁸⁴ Vermerk über ein Gespräch zwischen dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Lothar Glienke, und Gerhard Schröder am 13.9.1985 in Bonn [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft, vorl. SED 37076/1 (ohne Folierung).

Selbst die nordrhein-westfälische Landesregierung ließ wahltaktische Aspekte nicht aus den Augen – hier aber unter umgekehrten Vorzeichen. Karl Seidel, der im Januar 1988 für die Niederschrift über ein Gespräch Erich Honeckers mit Johannes Rau und Friedhelm Farthmann verantwortlich zeichnete, notierte:⁸⁵

»J. Rau verwies auf das Projekt einer Kulturausstellung von Nordrhein-Westfalen in der DDR. Als Termin sei Herbst 1989 oder Februar 1990 ins Auge gefaßt. Im Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen wäre der Termin Herbst 1989 besser. E. Honecker erklärte das Einverständnis mit Herbst 1989.«

Egon Bahr stand der Scheu des Ministerpräsidenten, die Kontakte zur SED wahlwirksam einzusetzen,⁸⁶ verständnislos gegenüber. Nach der Bundestagswahl von 1987 hatte er in einer Unterredung mit Hermann Axen bereits geklagt:⁸⁷

»Er, Bahr, sei manchmal nahezu verzweifelt gewesen. Vieles habe mit der Person von Rau zusammengehungen ... Er habe praktisch nichts getan, um die Initiativen mit der SED zu popularisieren.«

Sechs Monate später demonstrierte Bahr noch einmal, worauf es ihm ankam. In einem Brief an Axen schlug er vor, Honecker solle den Bundeskanzler anlässlich des 50. Jahrestages »Ausbruch des Zweiten Weltkrieges« nach Ost-Berlin einladen. Dort könne der Generalsekretär dann die Formel von »Feuer und Wasser« wiederholen, die Honecker anlässlich seines Besuches in der Bundesrepublik benutzt hatte, um die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu charakterisieren.⁸⁸

85 Niederschrift über das genannte Gespräch am 14.1.1988 in Ost-Berlin [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/924 (ohne Follierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 1-11. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 684.

86 Die Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landtag fanden im Mai 1990 statt. Rau versuchte also, einen ausreichenden Abstand zwischen beide Ereignisse zu schieben.

87 Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Egon Bahr am 15.4.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 46-60, hier 52. Zur Rolle der SED im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 vgl. jetzt ausführlich Jochen STAADT, *Die SED im Bundestagswahlkampf 1986/87. Ein Fallbeispiel*, in: Klaus SCHROEDER (Hrsg.): *Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1994, S. 286-308.

88 Egon Bahr an Hermann Axen, 1988 VII 19 [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 96 f., von Axen mit ZK-Hausmitteilung vom 21.9.1988 an Honecker weitergeleitet, von diesem mit dem Vermerk »Einverstanden« versehen; ebd., fol. 156a.

Die Deutschlandpolitik der SPD in der Sackgasse

Kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Die SPD hatte seit 1982 eine Annäherung an das SED-Regime gesucht, die deutschlandpolitisch keine dringend benötigte Alternative zur Strategie der CDU-geführten Bundesregierungen darstellte. Weder verschlechterten sich nach der »Wende« in Bonn die innerdeutschen Beziehungen, noch bildete die Bundesrepublik einen destabilisierenden Faktor im internationalen Gefüge. Infolgedessen standen die Sozialdemokraten auf diesem Gebiet Ende der achtziger Jahre dort, wo sie zu Beginn des Jahrzehnts angefangen hatten. Sie waren weder bei der Neudefinition der innerdeutschen Beziehungen noch bei dem Bemühen um die innere Liberalisierung der DDR einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Oskar Lafontaine hat dieses Defizit klar erkannt. Am 23. Oktober 1987 versuchte er, Honecker für eine umfassendere Zusammenarbeit zu gewinnen:⁸⁹

»Aus seiner Sicht wäre es ... gut, wenn man in naher Zukunft gemeinsam Vorstellungen entwickeln könnte, welche Vereinbarungen eine von der SPD geführte Regierung mit der DDR anstreben sollte. Unter Berücksichtigung der grundlegenden Interessen der DDR, bei absoluter Anerkennung der Zweistaatlichkeit, halte er es für notwendig zu prüfen, welche Schritte in der Perspektive möglich sind. In der BRD sei es inzwischen allgemeiner Konsens, daß die Zweistaatlichkeit eine Realität ist, an der niemand vorbei kann. Ebenso gewünscht würden aber grundlegende Verbesserungen vor allem für die Menschen. Deshalb wolle er die Bitte aussprechen, im Jahre 1988 gemeinsam eine Konzeption zu beraten, was aus Sicht der DDR-Führung gehe und was nicht.«

Lafontaine zielte offenbar auf ein Tauschgeschäft »Stabilisierung der Zweistaatlichkeit gegen Liberalisierung des Regimes«. Der Versuch aber, mit der bislang gezeigten Nachgiebigkeit gegenüber den »Geraer Forderungen« Ost-Berlin grundsätzliche Zugeständnisse abzugewinnen, schlug fehl. Im August 1988 sah sich der saarländische Ministerpräsident gezwungen, Honecker erneut um ein Konzept zu bitten, das eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung zusammen mit der SED verwirklichen könne.⁹⁰

89 Notiz über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Oskar Lafontaine/Klaus von Dohnanyi/Klaus Wedemeier am 23.10.1987 in Ost-Berlin [Kop.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/898 (ohne Folierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/79, fol. 171-178. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 667.

90 Niederschrift über ein Gespräch zwischen Erich Honecker und Oskar Lafontaine am 18.8.1988 auf Schloß Hubertusstock [Or.]: SAPMO-BArch, Bestand Büro Erich Honecker, J IV/930 (ohne Folierung). Kopie im Bestand Büro Hermann Axen, IV 2/2.035/80, fol. 115-126. Vgl. auch H. POTTHOFF, *Koalition* (wie Anm. 2), S. 809. Daraus wurde in der von Gunter Rettner ausgearbeiteten PB-Beschlußvorlage vom 22.8.1988 (Bericht über Besuch Lafontaines und Schlußfolgerungen): »Für den bevorstehenden Wahlkampf der SPD mit Blick

»Für die Bundestagswahl würden klare Botschaften gebraucht. Hinsichtlich der Friedenssicherung stehe die SPD, nicht zuletzt dank dem Erbe W. Brandts, kompetenter da als andere Parteien, ebenso hinsichtlich der Entspannung. Die Frage sei, was machen wir deutschlandpolitisch, wenn wir in die Regierung kommen? Ein Konzept für den Fall des Falles sei wünschenswert, etwas, das über bisherige Konzepte hinausgeht.«

Die Führung der SPD offenbarte damit einen deutschlandpolitischen Konzeptionsmangel. Die Kompromißbereitschaft in Sachen »Geraer Forderungen« hatte zwar die Arbeit in den gemeinsamen sicherheitspolitischen Arbeitsgruppen begünstigt, deutschlandpolitisch aber nichts bewegt, was die Regierung Kohl nicht auch hätte erreichen können und tatsächlich erreicht hat. Durch den Gang der Geschichte ist das Projekt Lafontaines, der sich seit dem Berliner Regierungswechsel 1989 auffallend für das »Modell Ristock« interessierte, schließlich überholt worden.

Auch wenn sich die Frage, welche Vorstellungen der saarländische Ministerpräsident bereits entwickelt hatte, um aus der Sackgasse herauszukommen, nicht beantworten läßt, steht eines jedoch fest: Wer, wie Lafontaine, auf eine am Berliner Vorbild orientierte neue Phase der Deutschlandpolitik setzte, hätte irgendwann auch die Bestimmungen des Grundgesetzes in Frage stellen müssen – schon allein, um jene Konzeptionslücke zu überwinden, die der Ministerpräsident in seinen Gesprächen mit Honecker offen eingestand. Hier nun tritt das eigentliche Problem jener »zweiten Ostpolitik« zutage, welche die SPD als Oppositionspartei glaubte, in die Wege geleitet zu haben. Ihre Repräsentanten müssen sich nicht so sehr an einzelnen Peinlichkeiten im Umgang mit der SED-Führung messen lassen – der Bedarf an journalistischen Schnellschüssen hat nach dem Ende des sogenannten Superwahljahres ohnehin nachgelassen –, sie müssen sich vielmehr einer

auf die Bundestagswahlen 1990 bat O. Lafontaine um eine interne Konsultation zu Fragen der weiteren Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD«. SAPMO-BArch, Arbeitsprotokolle des Politbüros, Sitzung vom 23.8.1988: J IV 2/2A/3148 (ohne Folierung). Ähnlich auch die entsprechende Protokollnotiz im Bestand Büro Egon Krenz, IV 2/2.039/64, fol. 43-48. Unter Punkt 2 der »Schlußfolgerungen« im o.g. Dokument heißt es weiter: »Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von internen Vorschlägen für die weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Verantwortlich: Genosse Hermann Axen, Genosse Oskar Fischer, Genosse Gunter Rettner«. Unklar bleibt, was aus dieser Arbeitsgruppe bzw. den Konsultationen wurde. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet lediglich eine Information Rettners vom 2.2.1989, in der er Grüße Lafontaines an Honecker und Vorschläge des saarländischen Ministerpräsidenten für die weitere Zusammenarbeit übermittelte. Zu diesen Projekten zählten u.a. ein weiterer Besuch im Herbst 1989, der nicht mehr zustande kam, und ein militärpolitisches Symposium im Saarland, an dem – so Lafontaine – auch der DDR-Verteidigungsminister Keßler teilnehmen sollte, nachdem auf bundesdeutscher Seite Rupert Scholz eine Begegnung abgelehnt hatte. Arbeitsprotokolle des Politbüros, Sitzung vom 7.2.1989: J IV 2/2A/3192 (ohne Folierung). Die Zustimmung zu den Vorschlägen Lafontaines erfolgte per Politbürobeschuß am gleichen Tag.

anderen Frage stellen: Hatte jener Damm, der die Sozialdemokraten von den Trägern eines totalitären Regimes trennte, gegen Ende der achtziger Jahre nicht nur taktisch-verbal, sondern auch der inneren Einstellung nach schon Risse bekommen? Die Bundesrepublik steuerte noch kurz vor der »Wende« auf einen Bundestagswahlkampf zu, in dem sich der Kanzlerkandidat der SPD – glaubt man den Meinungsforschern – gute Chancen ausrechnen konnte. Der aber erblickte in den Berliner Ereignissen vom Februar 1989 den Auftakt für eine eigene deutschlandpolitische Offensive, die dem Anspruch auf eine qualitative Neuorientierung gerecht werden sollte. Über die möglichen Folgen läßt sich lediglich spekulieren. Gleichwohl scheint die SPD 1989 an einem Scheidepunkt angelangt zu sein, der in der politischen Diskussion über die Kontakte der bundesdeutschen Parteien zur SED bislang nur unzureichend beleuchtet worden ist.

